

Straubinger Resolution

Am Ende der knapp dreistündigen Veranstaltung in der Fraunhoferhalle verabschiedeten Podium und Publikum als die eingangs beschworene „Bürgerkoalition der Vernunft“ gemeinsam eine „Straubinger Resolution“, mit der sie die Politik in Sachen Steuerreform zum Handeln auffordern. Hier die Resolution im Wortlaut:

„In Verfolgung der „Burghäuser Erklärung“ 2002 der südbayerischen Finanzamtsleiter, „dass das Steuerrecht für alle Betroffenen unverständlich und ungerecht ist“, fordern wir, die Unterzeichner, ...

... alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, ein grundlegend neues Einkommensteuerrecht zu schaffen, das verständlich, gerecht vollziehbar, beständig, verlässlich zu beraten und überschaubar ist, somit von allen Bürgern, den Unternehmen, steuerberatenden Berufen und Beschäftigten der Finanzverwaltung akzeptiert werden kann. Das neue Recht hat auf alle Lenkungs- und Subventionsmaßnahmen zugunsten niedriger Steuersätze zu verzichten. Nur so ist ständig zunehmender Staatsverdrossenheit vorzubeugen und die Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland entscheidend zu verbessern.

... dass angesichts der großen Dringlichkeit einer echten Steuer-

reform umgehend mit deren konzeptioneller Lösung begonnen wird und dass bereits im Laufe dieser Wahlperiode dazu gesetzliche Tatsachen geschaffen werden. Dabei sind in diese Entscheidungsprozesse Fachleute des Vollzugs des Steuerrechts nachhaltig einzubinden. Sie sind zu dieser wie auch sonstiger geplanter steuergesetzlichen Regelungen rechtzeitig vorher ausgiebig zu hören und mit deren Meinung ist sich nachhaltig auseinander zu setzen.

Wir beauftragen den Landesverband der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe in Bayern, die politischen Entscheidungsträger und steuerpolitischen Sprecher der Parteien zum 1. April 2004 zu befragen, was im Sinne der Straubinger Resolution bis dahin geschehen ist.“

Unterstützt wird die Resolution neben den Veranstaltern von Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger, der im Publikum saß, sowie dem Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dem Präsidenten des Finanzgerichts Nürnberg Dr. Peter Glanegger, der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels sowie dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband. -mon-